

Aufruf zum Streik!

Am 8. März ist Internationaler Frauen*kampftag. Seit über 100 Jahren kämpfen Frauen* an diesem Tag für ihre Rechte und tragen ihren Protest auf die Straße. Ging es im 19. Jahrhundert vorwiegend um die Forderung nach einem gleichen, anonymen, freien, aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen*, ist der 8. März heute weltweit der Tag, an dem Frauen* und Queers für sexuelle Selbstbestimmung und Gleichbehandlung, globale Gerechtigkeit sowie die Anerkennung von Sorgearbeit, ein solidarisches Zusammenleben und politische Beteiligung streiten und streiken.

Auch im Jahr 2019 gibt es genug Anlässe für diesen Kampf: der faule Koalitionskompromiss beim Paragrafen 219a und das Fortbestehen des Informationsverbots über Schwangerschaftsabbrüche für Ärzt*innen, die anhaltende Gewalt gegen Frauen*, Mädchen* und Queers weltweit, sowie fehlende Anerkennung und schlechte Arbeitsverhältnisse im Bereich bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit.

Frauen* und Queers auf der ganzen Welt und auch in Deutschland haben sich 2019 zusammengeschlossen, um für den 8. März einen Frauen*streik auszurufen.

Denn:

„Wenn wir die Arbeit niederlegen, steht die Welt still.“

Auch in Bielefeld wollen wir uns an diesem globalen Protest beteiligen. In diesem Jahr möchten wir besonders die folgenden drei Themen ins Zentrum unseres Protests stellen:

1. Bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit

Darunter fassen wir alle Tätigkeiten, die die Sorge um und die Versorgung und soziale Unterstützung von Menschen in ihrer Lebenswelt beinhalten. Hierzu gehören unterschiedliche Arbeiten wie die Pflege von Angehörigen, das Reinigen von privaten und öffentlichen Räumen, Kindererziehung, Assistenz von Menschen mit Beeinträchtigung, Bildungsarbeit oder die Unterstützung von geflüchteten Menschen. Diese Arbeiten können entlohnt und unentlohnt stattfinden – sie sind in jedem Fall die notwendige Grundlage jeder sozialen Reproduktion der Gesellschaft. Es gehört zu den Grundprinzipien kapitalistischer Gesellschaften, die Sorgearbeit für Kinder, kranke und alte Menschen strukturell schlechter zu stellen als „produzierende“ Arbeit. In der Logik des Kapitalismus sind sie ein reiner Kostenfaktor, mit ihnen lässt sich kaum Profit erwirtschaften. Sorgearbeit muss möglichst billig sein, dafür werden die Löhne gedrückt und die Arbeitsbelastung erhöht, oder die Arbeit wird gleich unbezahlt im Privaten geleistet. Care-Arbeit wird entweder zusätzlich nach dem Job erledigt oder in prekäre Beschäftigungsverhältnisse ausgelagert. Nach wie vor sind es hauptsächlich Frauen* und Migrant*innen, die auf einem nach rassistischen und sexistischen Kriterien organisierten Arbeitsmarkt ausgebeutet werden.

- *Wir wollen in einer Welt leben, in der jede Arbeit wertgeschätzt wird.*
- *Wir fordern das Ende des Pflegenotstands! Wir brauchen mehr und besser bezahltes Personal in der Altenpflege und in den Krankenhäusern.*
- *Wir fordern eine Welt, in der die Sorge um und für andere mehr wert ist als Kapital – in der wir alle unseren Teil zu einer Gemeinschaft beitragen, die frei von rassistischer, sexistischer und kapitalistischer Ausbeutung ist!*

2. Sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung

Erst 2017 wurde die gleichgeschlechtliche Ehe in Deutschland ermöglicht. Das war ein wichtiger und schon längst überfälliger, aber noch nicht ausreichender Schritt. Denn es hat keine tatsächliche Gleichstellung zwischen homo- und heterosexuellen Paaren stattgefunden – beispielsweise im Umgang mit gemeinsamen Kindern. Zudem kritisieren wir die Institution der Ehe. Wir finden, dass der Staat die Privilegien, die mit der Ehe verbunden sind, wie Besuchs- und Adoptionsrecht, oder auch Rentenansprüche, allen Partnerschaftsmodellen zustehen sollte – nicht nur verheirateten Paaren. Auch heute steht die Ehe in einem patriarchalen Zusammenhang: Ehegattensplitting bedeutet faktisch eine finanzielle Belohnung dafür, dass die meist schlechter verdienende Frau* zu Hause bleibt und der Mann arbeiten geht. Für uns verfestigt die Ehe starre geschlechtliche Rollenbilder und daher ist für uns der Kampf um Gleichberechtigung noch nicht vorbei!

Auch in Sachen geschlechtlicher Selbstbestimmung ist auch mit der Reform des Personenstandsgesetzes noch keine tatsächliche Gleichbehandlung erfolgt. Im Dezember 2018 hat der Bundestag eine Reform des Personenstandsgesetzes beschlossen, die eine dritte Option beim Geschlechtseintrag einführt.

Theoretisch besteht nun die Möglichkeit, den „weiblichen“ oder „männlichen“ Geschlechtseintrag bei den Standesämtern streichen und/oder durch „divers“ ersetzen zu lassen.

Faktisch setzt die Änderung allerdings entweder eine ärztliche Bescheinigung voraus, die der Person eine „Variante der Geschlechtsentwicklung“ bestätigt, oder eine eidesstattliche Versicherung. Bei Letzterem droht eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe, wenn ein Gericht später zu dem Schluss kommen sollte, dass der Mensch hier „falsche Angaben“ gemacht habe.

Nach wie vor wiegt hier also die medizinische oder juristische Autorität schwerer als die Selbstbestimmung.

Schwangerschaftsabbrüche gelten heute noch in Deutschland nach §218 StGB als Straftat, die nur bei Einhaltung bestimmter Bedingungen straffrei bleibt. Nur nach einer Zwangsberatung und innerhalb der ersten 12 Wochen oder mit sogenannten medizinischen oder kriminologischen Indikationen kann die schwangere Person straffrei einen Abbruch vornehmen lassen. Das heißt, noch immer können Schwangere nicht über ihren eigenen Körper bestimmen. Dazu kommt, dass durch den im Jahr 1933 eingeführten §219a StGB verboten ist, über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren. Somit werden schwangeren Personen wichtige Informationen verwehrt und Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, kriminalisiert, wenn sie dies öffentlich anbieten. Die Abschaffung des Paragraphen ist notwendig, damit betroffene Frauen* und Queers nicht mehr nur durch Umwege in Erfahrung bringen können, welche Einrichtungen Abbrüche durchführen und welche Methoden angewandt werden. Dadurch sind sie in ihrem Recht auf freie Ärzt*innenwahl und in ihrem Selbstbestimmungsrecht eingeschränkt.

- *Wir wollen in einer Welt leben, wo geschlechtliche und sexuelle Vielfalt leb-, denk- und fühlbar ist.*
- *Statt Privilegien für bestimmte Lebensformen wollen wir, dass der Staat sich aus unseren Beziehungen raushält und fordert Privilegien für alle Lebensformen!*
- *Wir wollen selbst über unsere Körper bestimmen und ob und wann wir schwanger werden oder wann wir eine ungewollte Schwangerschaft beenden!*

- *Wir fordern daher eine komplette Streichung von §219a, denn Ärzt*innen dürfen nicht kriminalisiert werden, wenn sie ihrer Informations- und Aufklärungspflicht gegenüber Patient*innen nachkommen.*
- *Wir fordern eine ersatzlose Streichung von §218 und stattdessen ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, das ungewollt Schwangeren ermöglicht, sich beraten zu lassen, ohne sie zu kriminalisieren und zu bevormunden!*

3. Stopp von Gewalt gegen Frauen*, Mädchen* und Queers

2019 gehören Gewalt gegen Frauen*, Mädchen* und Queers auf der ganzen Welt immer noch zum Alltag. Auch in Deutschland existieren vielfältige Formen der Gewalt, die sich vor allem gegen Frauen* und Mädchen* richten. Nach wie vor sind es in großer Mehrzahl Männer, die sexualisierte Gewalt gegen Frauen* und Kinder ausüben. Und es sind häufig solche, die in engem Kontakt zu den Betroffenen stehen: (Ex-)Partner, Väter, Brüder, Onkel oder nahe Bekannte. Dennoch hält sich bis heute hartnäckig die Vorstellung, die Gewalt ginge nur von fremden Triebtätern aus, während dieses Bild zudem rassistisch besetzt wird.

Auch Opfer von sexualisierter Gewalt werden mit Vorurteilen konfrontiert, die gesellschaftlich weit verbreitet sind und in Medien reproduziert werden. So existieren sogenannte Vergewaltigungsmythen, die Opfern eine Mitschuld zuweisen und zum Beispiel besagen, dass Frauen* durch ihr Verhalten oder ihr Auftreten – etwa durch „aufreizende“ Kleidung oder durch Flirten mit Männern – sexualisierte Gewalt provozieren würden.

Geflüchtete Frauen* und Migrantinnen* sind durch einen ungesicherten oder abhängigen Aufenthaltsstatus sexualisierter Gewalt besonders ausgesetzt, weil sie keine Möglichkeiten haben, sich gegen Gewalt zu wehren und Abhängigkeitsbeziehungen zu entkommen. Die Abschiebung von LGBTIQ in angeblich „sichere Herkunftsstaaten“ bedeutet, wissentlich ihre Bedrohung und Ermordung in Kauf zu nehmen.

Die finanzielle Sicherung von ausreichend Plätzen in Frauen- und Mädchenhäusern ist nicht gegeben. Auch der zunehmende Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Städten verschärft die Situation von Frauen*, die einen gewalttätigen Partner oder ein Frauenhaus verlassen wollen. Sexistische und homophobe Sprüche sowie sexualisierte Belästigung auf der Straße, am Arbeitsplatz oder in den Medien tragen zur Bagatellisierung und Verharmlosung sexualisierter Gewalt bei und sind Teil des Problems.

- *Wir wollen weder Zuhause noch auf der Straße Angst vor Gewalt haben oder (sexistische) Gewalt erfahren müssen! Wir nehmen es nicht länger hin, dass Frauen* und Queers sexualisierte Übergriffe erleiden oder ermordet werden!*
- *Wir fordern eine klare Benennung von Frauenmorden in Deutschland und keine Verharmlosung von angeblichen „Familiendramen“!*
- *Wir fordern eine ausreichende Finanzierung von Frauen- und Mädchenhäusern und bezahlbarem Wohnraum für alle, aber vor allem für schutzsuchende Frauen*!*
- *Wir wehren uns dagegen, dass sexualisierte Übergriffe rassistisch instrumentalisiert werden.*
- *Wir fordern ein Ende jeder patriarchalen Gewalt!*

Der Frauen*kampftag steht für den Kampf um eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und ohne Gewalt. Die Stimmen von Frauen* und Queers werden gemeinsam laut, um Kritik an bestehenden Verhältnissen zu üben und Möglichkeiten solidarischen Miteinanders aufzuzeigen. Her mit dem guten Leben, für alle, in Bielefeld und weltweit!

Redet mit euren Kolleg*innen, Freund*innen, Nachbar*innen, Müttern*, Großmüttern*, Tanten* und Schwestern*! Werdet gemeinsam aktiv! Sammelt Euch, lernt einander kennen, hört einander zu!

Männer sind dazu aufgerufen an diesem Tag ihre Verantwortung für die Sorgearbeit zu übernehmen, Frauen* zu unterstützen und Kinderbetreuung zu organisieren.

Am 8. März schließen wir uns dem deutschlandweiten Frauen* und Queer Streik-Bündnis an und streiken gemeinsam, indem wir

... nicht zur Arbeit gehen.

... die Hausarbeit liegen lassen.

... andere nicht umsorgen und nicht für alle mitdenken.

... nicht zur Schule, Berufsschule oder Hochschule gehen.

... uns versammeln, austauschen und Pläne für unsere Zukunft schmieden.

... unsere Solidarität zeigen mit allen Menschen, die für gerechte Löhne und eine gerechte Welt kämpfen.

All dies möchten wir gemeinsam mit euch tun: Von 7:00 bis 18:00 Uhr stehen wir mit einem Streikzelt auf dem Jahnplatz. Kommt vorbei und lasst uns gemeinsam streiken!

Anschließend rufen wir zur gemeinsamen Demo auf.

Ab 16 Uhr starten wir am Bielefelder Hauptbahnhof mit einem eigenen autonomen Block auf der DGB-Demo.

Schließt euch uns an!

Weitere Infos:

frauenqueerstreikbielefeld.noblogs.org

twitter: @QueerBielefeld

facebook: FrauenundQueer-Streik Bielefeld

Weiteres Material, Tipps und Tricks für kreative Aktionen rund um den 8. März findet ihr unter frauenstreik.org

Wir sind...

...Frauen* und Queers dieser Stadt, die entschlossen gegen Geschlechterungerechtigkeit und Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Kapitalismus eintreten.

* Das Sternchen soll verdeutlichen, dass es sich bei Geschlecht um ein Spektrum vielfältigster Geschlechtsidentitäten, Körperlichkeiten und Ausdrucksweisen handelt. Wenn also von »Frauen*« die Rede ist, sind nicht nur cis-Frauen gemeint, also Frauen, bei denen Geschlechtsidentität und bei der Geburt zugewiesenes Geschlecht übereinstimmen. Das Sternchen dient der Inklusion diverser Geschlechtsidentitäten, welche jedoch als »Frauen« behandelt werden.